

Regionalpolitik im Zentrum der Beitrittsverhandlungen

Leitfaden zu Finanzierungstechniken in der Regionalpolitik – 2002

Die Generaldirektion Regionalpolitik wird im September 2002 eine neue Ausgabe der Broschüre „Leitfaden zu Finanzierungstechniken in der Regionalpolitik“ veröffentlichen. Die erste Ausgabe des Leitfadens erschien 1994. Er richtet sich an Personen, die für die Planung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen von Strukturfonds-Programmen einschließlich EFRE, ESF, EAGFL und FIAF verantwortlich sind. Sein Hauptziel besteht darin zu beschreiben, wie Kapitalbeteiligungsprogramme (einschließlich Risikokapital-Programmen), Darlehens- und Garantieprogramme implementiert werden können. Zur Förderung des Wissenstransfers enthält er auch ein Verzeichnis von existierenden Projekten und Experten.

Informationen über den Leitfaden können von der Inforegio-Website abgerufen werden:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/newsroom/index_de.htm.

Die jüngste Runde der Beitrittsverhandlungen, die am 19. und 22. April in Brüssel stattfand, konzentrierte sich auf die Regionalpolitik sowie zwei weitere der drei Kapitel (Finanz- und Haushaltsbestimmungen, Institutionen), die gemäß dem Verhandlungszeitplan der EU vom spanischen Vorsitz zu bewältigen sind.

Das Kapitel 21, „Regionalpolitik und Koordinierung der Strukturinstrumente“, das wegen seiner finanziellen Implikationen zu den sensibelsten Kapiteln gerechnet wird, konnte mit der Tschechischen Republik und Zypern vorläufig abgeschlossen werden. Die Tschechische Republik erklärte sich vorbehaltlich weiterer Gespräche über die finanziellen Aspekte bereit, das Kapitel zu schließen.

Das Kapitel 21 betrifft hauptsächlich Fragen der Verwaltungs- und Planungskapazität sowie der Fördervoraussetzungen. Der Vorschlag der EU listet die Anforderungen auf, denen die Bewerberländer in administrativer Hinsicht genügen müssen. Er enthält außerdem Angaben zu den Anteilen, die die einzelnen Bewerberländer an der EU-Strukturfinanzierung erhalten könnten.

Der Besitzstand gemäß Kapitel 21 legt nicht fest, welche spezifischen Strukturen für das praktische Management der Struktur- und Kohäsionsfonds zu schaffen sind, sondern überlässt dies den neuen Mitgliedstaaten, zumal die neu einzurichtenden administrativen Strukturen zwischen Ländern wie Polen und kleineren Bewerberländern ohne

Regionalstruktur unterschiedlich ausfallen. Jedoch hat die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten Unterstützung zur Verfügung gestellt.

Um Förderungen aus den Fonds in Anspruch nehmen zu können, müssen die Mitgliedstaaten zum Beitrittszeitpunkt die entsprechenden Systeme eingerichtet haben. Danach werden die Bewerberländer auch finanzielle und administrative Anforderungen zur Gewährleistung guten Managements erfüllen müssen, die im Kontext der Verhandlungen ebenfalls zur Sprache gebracht werden. Diese Anforderungen betreffen die territoriale Organisation, die Anpassung der Rechtslage, die Erhöhung der Planungskapazität, administrative Standards sowie schließlich Finanzierungs- und Haushaltsverfahren.

Die jüngste Beurteilung des Ausmaßes, in dem jedes einzelne Bewerberland die Anforderungen des Besitzstands erfüllt, kann unter der folgenden elektronischen Adresse abgerufen werden:
<http://europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations/chapters/chap21/index.htm>.

Die Konferenz Euromontana befasst sich mit der Zukunft der europäischen Gebirgsregionen

Die Dritte Jahreskonferenz der Europäischen Gebirgsregionen, die vom 16. bis 18. Mai in Inverness stattfand, hat sich als ausgezeichnete Gelegenheit erwiesen, die Zukunft der Gebirgsregionen in der EU vor dem Hintergrund der Erweiterungsverhandlungen und der bevorstehenden Reform der Strukturfonds und der GAP zu diskutieren.

Die Konferenz, die vom Netzwerk Euromontana ausgerichtet wurde, behandelte ein breites Spektrum von Themen, die für die Zukunft der Gebirgsregionen in der EU von Bedeutung sind, darunter insbesondere den Beitrag der Gebirgsregionen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Europas, die Gebirgsregionen in den Bewerberländern, Fragen der Kohäsionspolitik,

und schließlich die Bedeutung der Jugend für die nachhaltige Entwicklung von Gebirgsregionen.

Darüber hinaus wurden in themenspezifischen Arbeitsgruppen die folgenden Fragen erörtert:

- Strategieverbesserungen im Bereich Produktqualität;

- nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung von Waldressourcen;
- Wahrung von kultureller Identität;
- Entwicklung sozialen Kapitals;
- soziale und umwelt- oder gebietsbezogene Auswirkungen der Landwirtschaft in Gebirgsregionen.

Die Gebirgsregionen stellen einen Anteil von etwa 38 % des Gebiets der EU. In diesen leben rund 30 Millionen Menschen, d. h. 10 % der gesamten EU-Bevölkerung. In manchen Ländern, z. B. Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien machen Gebirgsregionen mehr als die Hälfte des Staatsgebiets aus. Dies gilt gleichermaßen für etliche Bewerberländer (Polen, Rumänien, Slowenien, die Tschechische Republik und Zypern).

Im Zeitraum 2000-2006 werden mehr als 95 % der Gebirgsregionen in der EU Unterstützung im Rahmen der Regionalpolitik der EU erhalten. Der von der Europäischen Kommission im Januar 2001 verabschiedete „Zweite Bericht über den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt“ in Europa kommt zu dem Ergebnis, dass zur Gewährleistung einer harmonischen Entwicklung der Gebirgsregionen auch auf längere Sicht nicht auf die Unterstützung der EU verzichtet werden kann.

Aus Anlass des Internationalen Jahres der Berge (2002) wird die Europäische Kommission im Oktober ein spezielles „Gebirgsseminar“ organisieren, das einen Beitrag zur Entwicklung konkreter Perspektiven für die Zeit nach 2006 leisten soll.

Weitere Informationen über die Konferenz von Inverness finden Sie auf <http://www.mountainconf.com>. Oder kontaktieren Sie Euromontana, Rue Philippe le Bon 46, B-1000 Brüssel. Tel. (32-2) 280-4283, Fax (32-2) 280-4285, E-Mail: euromontana@skynet.be.

„Städte für Zusammenhalt: Lehren aus dem europäischen Programm URBAN“

Diese von der GD Regionalpolitik veranstaltete URBAN-Konferenz wird am 8. und 9. Juli 2002 in London stattfinden, um die Zukunft der Kohäsionspolitik zu diskutieren und die stadtbezogenen Aspekte der Kohäsionsdebatte zu vertiefen. Teilnehmen werden mehr als 250 Bürgermeister aus ganz Europa.

Am ersten Tag der Konferenz wird u. a. eine neue Mitteilung der Kommission über die Programmplanung für URBAN II vorgestellt werden. Im Anschluss daran gibt es Gelegenheit zu einer offenen Diskussion über „URBAN und die Zukunft der Europäischen Kohäsionspolitiken“.

Der zweite Tag wird mit einer Übersicht über einige der Glanzlichter von URBAN eingeleitet, darunter Darstellungen einiger Schlüsselprojekte. Auch daran wird sich eine offene Diskussion anschließen, die sich besonders mit den zentralen

Lehren befassen wird, die aus den Erfahrungen mit URBAN zu ziehen sind, sowie mit den Innovationen, die im Rahmen dieses Programms entwickelt wurden; außerdem soll die Diskussion sich den Zukunftsperspektiven in der erweiterten Union zuwenden.

Weitere Auskünfte über die Konferenz erteilt Lewis Dijkstra (Büro CSM2 03/92), GD Regionalpolitik, Europäische Kommission, B-1049 Brüssel. Fax (32-2) 296-3271, E-Mail: lewis.dijkstra@cec.eu.int. Website: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/urban2/index_de.htm

Innovationsförderung in den Regionen Europas: Zweijahreskonferenz des Netzwerks Innovative Regionen in Europa (IRE)

Die dritte Plenartagung des Netzwerks Innovative Regionen in Europa (IRE), die gemeinsam mit der GD Unternehmen organisiert wird, wird am 17. und 18. Juni 2002 in Stratford-Upon-Avon stattfinden. Gastgeber ist die Region Midlands im Vereinigten Königreich.

An der Veranstaltung werden sich über 400 Delegierte aus mehr als 100 europäischen Regionen beteiligen, um die Bedeutung von Innovationen für die künftige europäische Regionalpolitik zu diskutieren. Die Mehrzahl der teilnehmenden Regionen haben bereits von den Pilotprojekten für

Regionale Innovationsstrategien oder von den aus dem EFRE finanzierten Programmen für Innovative Regionale Aktionen profitiert.

Weitere Informationen können abgerufen werden von der Website <http://www.ire-event-stratford.co.uk/index.asp>



Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik

KN-AB-02-007-DE-C